

## N i e d e r s c h r i f t

über die 32. des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 10.04.2014  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789  
Monheim am Rhein  
Beginn: 17:06 Uhr  
Ende: 23:24 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühland

Herr Karl-Heinz Göbel

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Karl König

Herr Bruno Kosmala

Herr Michael Nagy

ab Tagesordnungspunkt ö 3

Herr Reinhard Ockel

Herr Peter Werner

### **Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Florian Große-Allermann

Frau Janne Koch

Herr Karsten Köchling

Frau Jana Lang

Frau Brinja Noth

Frau Lisa Pientak

Herr Max Riedel

Herr Lucas Risse

Herr Michael Strauss

Herr Jens Timmermann

ab Tagesordnungspunkt ö 3

Herr Sven Timmermann

ab Tagesordnungspunkt ö 3

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Frau Petra Arend-Karl

Herr Alaattin Bayrak

Herr Werner Goller

Herr Thomas Heinen

Herr Helmut Nieswand

Frau Ursula Schlößer

Herr Alexander Schumacher

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Stephan Emmler  
Herr Manfred Poell  
Herr Dr. Norbert Stapper

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz                      anwesend im öffentlichen Teil

**parteilos**

Frau Lilo Friedrich

**Rechnungsprüfung**

Herr Harald Beier

**von der Verwaltung**

Frau Cansen Akcakavak  
Herr Andreas Apsel  
Frau Sonja Baumhauer  
Frau Annette Berg  
Herr Martin Frömmer  
Herr Peter Heimann  
Frau Gisela Herforth                                      anwesend im öffentlichen Teil  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Michael Lobe  
Herr Dietmar Marx  
Frau Sabine Noll  
Herr Thomas Waters

**Gäste**

Herr Frank Hüser    bis einschließlich Tagesordnungspunkt ö 15  
Herr Udo Jürkenbeck                                      bis einschließlich Tagesordnungspunkt ö 15  
Herr Heinrich Schwidden                                      bis einschließlich Tagesordnungspunkt ö 15

**Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Markus Schneider

**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Torsten Kinzel

**Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Roland Gunia  
Herr Benjamin Daniel Kenzler

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

**von der Verwaltung**

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 31. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 20.02.2014 - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)
4. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (20.02.2014 - öffentlicher Teil) VIII/1588
5. Satzung zur 3. Änderung der Hauptsatzung VIII/1552
6. Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden VIII/1544/1
7. Inklusionshelferinnen und -helfer ab dem Schuljahr 2014/2015 VIII/1501
8. "Internationale Klasse" in Monheim am Rhein VIII/1486
9. Fortschreibung der Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule VIII/1540
10. Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein VIII/1476
11. Entwicklungsförderung von jungen Menschen durch Schulsozialarbeit/-psychologie in Grundschulen und weiterführenden Schulen in Monheim am Rhein VIII/1538
12. Präsentation der Ergebnisse der Monheimer Elternstudie 2013 "Bei uns entwickeln Eltern mit!" VIII/1534
- Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)
13. Beteiligung der Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (MEGA) an der Familiengenosenschaft Monheim eG VIII/1575
14. Rückkauf der Gesellschaftsanteile an der Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (MEGA) durch die Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH (MVV) VIII/1589
15. Variantenentscheidung Neugestaltung Hauptstraße VIII/1546

16.	52. Änderung des Flächennutzungsplanes "Menk-Gelände" der Stadt Monheim am Rhein - Behandlung der Anregungen - Feststellungsbeschluss	VIII/1504
17.	Bebauungsplan Nr. 131 M "Krischerstraße" 1. Behandlung der Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung 2. Satzungsbeschluss	VIII/1503
18.	Bebauungsplan Nr. 133 M "Marderstraße" 1. Behandlung der Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung 2. Satzungsbeschluss	VIII/1515
19.	Bebauungsplan Nr. 63 B "Am Waldbeerenberg" - Abwägung der Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen - Satzungsbeschluss	VIII/1571
20.	Lärmaktionsplan - Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen - Ratsbeschluss	VIII/1528
21.	Übernahme der Landstraße L 402 Opladener Straße und L 293 Bleer Straße	VIII/1566
22.	Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms "Ab in die Mitte"	VIII/1598
23.	Mitteilung der Verwaltung über die zusätzliche Mittelbereitstellung für die Kanalauswechslung Krischerstraße vom Ausbauende Rathausplatz bis zur Kirchstraße	VIII/1525
24.	Entwurf Jahresabschluss 2009 der Stadt Monheim am Rhein	VIII/1576
25.	Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung - Klage vor dem Verwaltungsgericht	VIII/1592
26.	Ermächtigungsübertragungen 2013	VIII/1577
27.	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2014 - Einrichtung eines Mobilen Bürgerbüros im Stadtteil Baumberg	VIII/1595
28.	Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2014 - Aufladestation für E-Bikes	VIII/1596
29.	Antrag der SPD-Fraktion vom 27.03.2014 - Alternativen zur Fernwärmeversorgung	VIII/1597
30.	1. Nachtragshaushaltssatzung 2014	VIII/1555/1
31.	Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Monheim am Rhein anlässlich der letzten Ratssitzung in der VIII. Wahlperiode	

- 32. Mündliche Mitteilungen
- 32.1. Europäische Woche "Malta"
- 33. Mündliche Anfragen

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 32. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Folgende Ratsmitglieder haben sich für die Sitzung entschuldigt:  
Frau Dr. Schröder-Weber, FDP-Fraktion  
Herr Gunia und Herr Kenzler, beide SPD-Fraktion  
Herr Schneider, CDU-Fraktion

Der Bürgermeister gibt folgende Hinweise zur Tagesordnung:

1. Erweiterung der Tagesordnung um TOP ö 14 (neu)  
Vorlage VIII/1589, „Rückkauf der Gesellschaftsanteile an der Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (MEGA) durch die Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH (MVV)“  
Die Vorlage wurde am 04.04.2014 in die Postfächer verteilt.  
Anlage 1 „Kaufvertrag“ wurde am 07.04.2014 in die Postfächer verteilt.  
Anlage 2 „Entwurf der Vereinbarung zur Änderung des Gewinnabführungsvertrages“  
und  
Anlage 3 „Gesellschaftsvertrag der MEGA“  
wurden am 09.04.2014 per E-Mail versandt und in die Postfächer verteilt.
2. TOP ö 24 (neu)  
Vorlage VIII/1576, „Entwurf Jahresabschluss 2009“  
Der Jahresabschluss 2009 wurde vor der Sitzung an die Plätze verteilt.
3. TOP ö 30 (neu)  
Vorlage VIII/1555/1, „1. Nachtragshaushaltssatzung 2014“  
Am 07.04.2014 wurden die geänderten Anlagen 1 – 4 der Vorlage zum Austausch in die Postfächer verteilt.
4. TOP nö 4  
Vorlage VIII/1593, „Beschwerde nach § 24 GO NRW – Tagespflegeangelegenheiten“  
Am 07.04.2014 wurde die erweiterte Stellungnahme der Beschwerdeführerin

vom 07.03.2014, eingegangen am 01.04.2014 und die erweiterte Stellungnahme der Verwaltung vom 07.04.2014 in die Postfächer verteilt.

Gegen die vorgelegte erweiterte Tagesordnung ergeben sich keine Bedenken.

**2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 31. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 20.02.2014 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)**

1. Ein Mitglied des Landschaftsbeirates des Kreises Mettmann  
Der Fragesteller fragt an, warum eine Stellungnahme des Landschaftsbeirates sowie ein Hinweis des ULAN nicht zur Kenntnis gegeben wurden.

Vor Beantwortung fordert der Bürgermeister Herrn Bossmann auf, das ausgebreitete Plakat wieder einzurollen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens sei die Beteiligung des Landschaftsbeirates und des ULAN nicht erforderlich, antwortet der Bürgermeister. Die erforderliche Zustimmung des Kreises für die diesem Bebauungsplanverfahren zugrunde liegende Änderung des Flächennutzungsplanes liegt vor.

2. Robert Bossmann, Wolfhagener Straße  
Fragen bzw. Feststellungen zu verschiedenen Aspekten im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan:
  - Verlust von Naherholungsflächen
  - Zerstörung von Naturflächen
  - Fehlender Abschluss der Gerichtsverfahren in Sachen CO-Pipeline
  - Entnahme von Bodenproben ohne Erlaubnis
  - Laufzeit des Pachtvertrages

Die aufgeworfenen Fragen bzw. Feststellungen werden durch den Bürgermeister abschließend beantwortet.

Unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Rates und den auf die Zuschauerplätze verteilten Informationen zu der Einwohnerfragestunde, erklärt der Bürgermeister, dass die Fragezeit nicht für Diskussionen genutzt werden könne.

3. Frau Münch  
Frau Münch trägt unter dem Beifall einiger Zuschauer verschiedene Argumente vor, welche Nachteile der Bebauungsplan für die Bewohner nach sich ziehe.

Da es sich um Meinungsäußerungen und nicht um Fragen handele, könne er keine Antworten geben, erklärt der Bürgermeister. Entgegen der vorgeschriebenen organisatorischen Regelungen habe er ihr dennoch die Möglichkeit gegeben ihre Meinung zu äußern. Der ökologische Wert der intensiv

landwirtschaftlich genutzten Flächen solle nicht überbewertet werden.

4. Frau Grutzko  
Die Einwohnerin äußert ebenfalls ihren Unmut über den geplanten Bebauungsplan und den damit einhergehenden Verlust von Grünflächen in dem Plangebiet. Auch wegen des geplanten Sportplatzbaus äußert sie ihr Missfallen.
5. Das Mitglied des Landschaftsbeirates des Kreises Mettmann  
Der Fragesteller weist auf die Feststellung des Landschaftsbeirates des Kreises Mettmann hin, wonach der Flächenverbrauch zu hoch sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass die jetzt in den Gremien des Kreises geführte Diskussion zu spät stattfindet. Ergänzend weist er darauf hin, dass der Ausgleich zwischen landwirtschaftlich und baulich genutzten Flächen auf der Ebene der Regionalplanung stattfinden sollte. Der Flächenfraß könne im Rahmen der Regionalplanung bekämpft werden. Nicht auf städtischer Ebene. Die angesprochenen Flächen des Bebauungsplanes seien im gültigen Regionalplan als allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesen.

6. Herr Jörg Baader  
Herr Baader fragt nach, ob der Verwaltung der Grund bekannt sei, warum zwei Gremien des Kreises (Landschaftsbeirat und Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung) sich erneut mit der Bebauung des Gebietes Baumberg-Ost beschäftigt hätten.

Der Bürgermeister teilt mit, dass das Verfahren des Kreises absolut unüblich sei, wonach dieser sich mit neuen Stellungnahmen zu Wort meldet, obwohl die Zustimmung zur Planung bereits erteilt wurde. Auf weitere Nachfrage stellt der Bürgermeister fest, dass die Beratungen von Mitgliedern der angesprochenen Kreisgremien geführt wurden, die offensichtlich nicht über ausreichende oder sogar irreführende Informationen der Monheimer Planungen verfügt hätten. Wenn bekannt gewesen wäre, dass eine rechtskräftige Flächennutzungsplanänderung vorliegt, wäre diese Diskussion wahrscheinlich nicht aufgekommen.

7. Herr Wedel  
Es wird angefragt, wie viele Wohnungseinheiten im Bereich Am Waldbeerenberg entstehen sollen und ob keine Möglichkeit gesehen werde, diese an anderer Stelle zu errichten. Durch die geplante Bebauung würde die letzte zusammenhängende Spazierfläche in Baumberg zunichte gemacht.

Aufgrund der Anfrage stellt der Bürgermeister anhand von Folien den Regionalplan (ehemals Gebietsentwicklungsplan) und die durch die Bezirksregierung eingearbeiteten Änderungen vor. Die gesamte Fläche in der sich das Bebauungsplangebiet befindet, sei als allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesen. Die Basisfaktoren zur Ermittlung des Wohnbedarfs begründen sich auf Statistiken hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung seit Beginn des Jahres 2000. Es sei belegbar, dass die Wohnflächenbedarfe für das Gebiet „Großraum Düsseldorf“ steigen. Aufgrund der Ausweisung des Gebietes als allgemeiner Siedlungsbereich sei angedacht die Flächen entsprechend zu

entwickeln.

8. Robert Bossmann, Wolfhagener Straße  
Er fragt nach, ob trotz der vielen Widerstände an dem Bebauungsplan „Am Waldbeerenberg“ festgehalten werden sollte.  
Er stellt die Frage, warum der Wohnflächenbedarf nicht mit Bebauung bestehender Baulücken oder aus vorhandener Bestandsbebauung gedeckt werde. Außerdem habe die Verwaltung versäumt, Eigentümer auf die Möglichkeiten der Bebauung vorhandener Baulücken hinzuweisen bzw. Kontakt zu interessierten Investoren herzustellen.

Dass der Wohnbedarf auch in der Bestandsbebauung steige, sei nachweisbar, erklärt der Bürgermeister. Auch wenn alle vorhandenen Baulücken geschlossen würden, würden die prognostizierten notwendigen Wohneinheiten nicht erzielt werden können. Sowohl die Neuentwicklung von Wohnbaufläche als auch die Bebauung von Baulücken sei notwendig. Dass die Verwaltung wegen evtl. Baulückenschließung untätig gewesen sei, weist er zurück. Kein Eigentümer könne zur Bebauung gezwungen werden.

Nachdem keine weiteren Fragen aus der Einwohnerschaft mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Fragezeit. Er gibt den Hinweis auf die zweite Fragezeit, die er um 18.00 Uhr oder nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes aufrufen werde.

Abschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass bei der Beratung des Bebauungsplanes „Am Waldbeerenberg“ unter Tagesordnungspunkt 19 noch weitergehende Informationen gegeben werden.

**4 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (20.02.2014 - öffentlicher Teil)  
Vorlage: VIII/1588**

Der Ausführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**5 Satzung zur 3. Änderung der Hauptsatzung  
Vorlage: VIII/1552**

**Beschluss**

Die Satzung zur 3. Änderung der „*Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007*“ wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**6 Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden  
Vorlage: VIII/1544/1**



## **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden. Die als Anlage beigefügte Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

### **7 Inklusionshelferinnen und -helfer ab dem Schuljahr 2014/2015 Vorlage: VIII/1501**

Auf Nachfrage des Sprechers der FDP-Fraktion und dessen Hinweis, dass seine Fraktion der Vorlage nur zustimmen werde, wenn die Finanzierung der Maßnahme durch das Land NRW erfolge, erklärt die Verwaltung, dass die Schüler nicht die Leidtragenden sein dürften, wenn eine Einigung zwischen Land und Kommunen hinsichtlich der Kostenübernahme noch nicht erfolgt sei. In Nummer 1 des Beschlussvorschlages sei dem Rechnung getragen worden, in dem die Kostenübernahme unter Vorbehalt gestellt werde.

Die Stadt wolle auf jeden Fall die Betreuung der Schüler sichergestellt wissen, bekräftigt der Bürgermeister.

## **Beschluss**

1. Für das Schuljahr 2014/2015 werden insgesamt 130.000 € für Inklusionshelferinnen und -helfer an städtischen Schulen bereitgestellt. Die Finanzierung über die Stadt Monheim am Rhein entfällt, sobald das Land die Unterstützung der Schulen mit eigenem Personal sicherstellt oder die Refinanzierung übernimmt.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt gemäß § 83 Absatz 2 Satz 1 GO NRW in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Satz 1 der Haushaltssatzung der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für die Gestellung von Inklusionshelferinnen und -helfern in Höhe von 8.500 € für das Haushaltsjahr 2014 bei Buchungsstelle 40.01.035/0301025/5237000 zu. Die Deckung erfolgt durch zusätzliche Erträge bei der Vollverzinsung der Gewerbesteuer.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden in den kommenden Haushaltsjahren unter dem Produkt 40.01 Schulen eingeplant. Die Finanzierung über die Stadt Monheim am Rhein entfällt, sobald das Land die Unterstützung der Schulen mit eigenem Personal sicherstellt oder die Refinanzierung übernimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig bei 2 Enthaltungen der FDP-Fraktion zugestimmt.**

### **8 "Internationale Klasse" in Monheim am Rhein Vorlage: VIII/1486**

## **Beschluss**

1. Das Projekt „Internationale Klasse“ wird eingerichtet. Der Rat stimmt gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 der Haushaltssatzung der Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel für das Projekt in Höhe von 43.000 € bei Buchungsstelle 40.01.035/03010250/52555020 zu. Die Deckung erfolgt durch zusätzliche Erträge bei der Vollverzinsung der Gewerbesteuer
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 € pro Schuljahr werden im Rahmen des dreijährigen Pilotprojektes für die Schuljahre 2014/2015 bis 2016/2017 in den Haushaltsjahren 2015 bis 2017 unter dem Produkt 40.01 Schulen eingeplant.

## **einstimmig zugestimmt**

### **9 Fortschreibung der Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule Vorlage: VIII/1540**

## **Beschluss**

1. Die Entwicklungsplanung für die Schuljahre 2014/2015 bis 2015/2016 wird in der vorliegenden Form verabschiedet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gruppen in der Offenen Ganztagschule (OGS) analog der vorliegenden Planung in folgenden Schritten auszubauen:
  - Schuljahr 2014/2015 – bis zu 850 Plätze
  - Schuljahr 2015/2016 – bis zu 950 PlätzeFür das Haushaltsjahr 2014 werden unter dem Produkt 40.01 anteilig 102.000 € für den Ausbau des offenen Ganztages (OGS Betriebskostenzuschüsse) bereitgestellt.
3. Für die steigenden Verpflegungskosten werden anteilige Mehraufwendungen von 27.500 Euro beim Produkt 40.01 bereitgestellt. Dem stehen zusätzliche Einnahmen von 15.000 Euro entgegen.
4. Für die Ausstattung der zusätzlichen Gruppen werden im Jahr 2014 investive Mittel in Höhe von 62.500 € bereitgestellt.
5. Die OGS Träger erhalten je Gruppe und Schuljahr im Rahmen eines Verwendungsnachweisverfahrens ein Bildungsbudget von 5.000 €, dass im Einvernehmen mit der Schulleitung zu bewirtschaften ist. Die anteiligen Kosten für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 74.000 Euro werden unter dem Produkt 40.01 schulscharf bereitgestellt.
6. Die Bereitstellung der notwendigen Mittel aus den Beschlüssen 2. bis 5. erfolgt über den 1. Nachtragshaushalt 2014.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Abschluss der jährlichen Anmeldeverfahren über die Entwicklungen im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

**einstimmig zugestimmt**

**10 Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein  
Vorlage: VIII/1476**

**Beschluss**

Der Rat beschließt die Satzung zur Änderung „Der Satzung für das Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein“ vom 04.07.2012, zuletzt geändert durch die „Satzung zur Änderung ortrechtlicher Bestimmungen vom 18.10.2013“ in der als Anlage 4 zur Beschlussfassung vorgelegten Fassung. Die Anlage 4 ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**11 Entwicklungsförderung von jungen Menschen durch Schulsozialarbeit/-psychologie in Grundschulen und weiterführenden Schulen in Monheim am Rhein  
Vorlage: VIII/1538**

**Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die gemäß des Erlasses des Landes NRW vom 7.02.2011 im Rahmen des Landesprogramms Bildung und Teilhabe eingerichteten 3,41 Stellen für Schulsozialarbeit in Monheim am Rhein zu entfristen und über den 31.7.2014 hinaus fortzuführen sowie diese im Stellenplan ab dem Jahr 2015 zu berücksichtigen.
2. Das Angebot der Schulpsychologie wird zum Schuljahr 2014/2015 auf insgesamt 1,5 Stellen ausgeweitet.
3. Ein kommunales Gesamtkonzept „Entwicklungsförderung von jungen Menschen durch Schulsozialarbeit/-psychologie in Grundschulen und weiterführenden Schulen in Monheim am Rhein“ wird zum 31.12.2014 erstellt.
4. An den durch Schulsozialarbeit und -psychologie begleiteten Schulen in Monheim am Rhein wird schulspezifisch die Schulsozialarbeit und die Schulpsychologie bis zum 31.12.2015 konzeptionell verankert und im Schulprogramm integriert.

**einstimmig zugestimmt**

**12 Präsentation der Ergebnisse der Monheimer Elternstudie 2013 "Bei uns entwickeln Eltern mit!"  
Vorlage: VIII/1534**

Die Leiterin des Jugendamtes, Frau Berg, stellt anhand einer Präsentation die Monheimer Elternstudie „Bei uns entwickeln Eltern mit!“ vor.

Abschließend bedankt sich der Bürgermeister bei Frau Berg und teilt mit, dass die Präsentation dem Protokoll beigefügt werde.

### **Zur Kenntnis genommen**

### **Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)**

Der Bürgermeister ruft die 2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

### **13 Beteiligung der Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (MEGA) an der Familiengenossenschaft Monheim eG Vorlage: VIII/1575**

#### **Beschluss**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Beteiligung der MEGA an der Familiengenossenschaft Monheim eG in Höhe von 20.000,00 € (ca. 5,7% der Genossenschaftsanteile) zu.
2. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der MEGA und der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (MVV) werden gemäß § 108 Abs. 6 a) GO NRW i. V. m. § 113 Abs. 1 GO NRW ermächtigt und beauftragt, die erforderlichen Beschlüsse zur Beteiligung der MEGA an der Familiengenossenschaft Monheim eG zu fassen.

**einstimmig zugestimmt**

### **14 Rückkauf der Gesellschaftsanteile an der Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (MEGA) durch die Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH (MVV) Vorlage: VIII/1589**

Der Bürgermeister weist auf die Unterlagen hin, die den Ratsmitgliedern in den letzten Tagen nachgereicht wurden. Gleichzeitig weist er auf die Informationen aus dem interfraktionellen Gespräch vom 2. April 2014 hin. Dass eine Einigung mit den Stadtwerken Düsseldorf erzielt werden konnte, sei erfreulich. Strategische Entscheidungen lägen jetzt wieder allein in Händen der Stadt Monheim am Rhein. Zwischenzeitlich habe der Aufsichtsrat der Stadtwerke Düsseldorf dem Verkauf der Gesellschaftsanteile zugestimmt.

Die den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellte Anlage 1 müsse gegen die in der Sitzung verteilte Fassung ausgetauscht werden. In § 5 „Wettbewerbsverbot“ sei der Abs. 1 aktuell nachverhandelt worden.

Er begrüßt Herrn Hüser von der Firma INTEGRITAS und erteilt ihm das Wort.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation stellt Herr Hüser die vorgenommene Bewertung vor, auf deren Grundlage der Rückkauf der Gesellschaftsanteile erarbeitet wurde.

Der Rückkauf könne aus wirtschaftlichen Gründen nur positiv gewertet werden. Bei einer zu erzielenden Rendite von 5 % sei die Verschiebung zum Aufbau der Liquiditätsreserve hinnehmbar, erklären Sprecher und Sprecherinnen aller Fraktionen.

Anschließend äußern verschiedene Sprecher der CDU-Fraktion ihren Unmut über den Werdegang des Vorgangs. Mit dem Vorgehen insbesondere der Informationspolitik der Verwaltung sei man absolut nicht einverstanden und das Verfahren werde bemängelt. Besonders als Mitglieder des Aufsichtsrates der MVV fühle man sich übergangen.

Diese Kritik weist der Bürgermeister mit aller Deutlichkeit zurück. Er schildert den zeitlichen Verfahrensablauf und stellt fest, dass die Presse nicht vor der Sitzung des Aufsichtsrates informiert worden wäre. Der mit dem Verhandlungspartner abgesprochene Kommunikationsplan sei einzuhalten gewesen.

Anschließend entbrennt eine kontrovers geführte Debatte darüber, ob und ab welchem Zeitpunkt die Mitglieder von Aufsichtsräten an diesem Verfahren hätten beteiligt werden müssen.

Der Bürgermeister weist ausdrücklich darauf hin, dass den Mitgliedern in den Gesellschaftsgremien der MVV und MEGA keine Informationen vorenthalten worden seien. Bei einem Aufsichtsratsmandat handele es sich um ein weisungsgebundenes Mandat des Rates. Erst durch den heutigen Ratsbeschluss sollen die Mitglieder in den Gesellschaftsgremien beauftragt werden, die erforderlichen Beschlüsse zum Anteilskauf zu fassen.

Nachdem einige Ratsmitglieder bemängeln, nicht rechtzeitig ausreichend informiert worden zu sein, meldet sich Ratsherr Anhut - FDP-Fraktion - mit zwei Geschäftsordnungsanträgen „Schluss der Rednerliste“ und „Sitzungsunterbrechung für eine Lesepause“ zu Wort.

Bevor der Bürgermeister den Antrag auf „Schluss der Rednerliste“ zur Abstimmung stellt, verliest er die Rednerliste. Es liegen Wortmeldungen in folgender Reihenfolge vor: Herr Gronauer - CDU-, Herr Goller - SPD -, Herr Risse - PETO -.

## **1. Schluss der Rednerliste**

### **Abstimmungsergebnis:**

21 Ja-Stimmen:	10 PETO, 2 FDP, 7 SPD, 1 CDU, 1 Frau Friedrich
13 Nein-Stimmen:	10 CDU, 3 B90/Grüne
2 Enthaltungen:	1 PETO, 1 BM

### **mehrheitlich zugestimmt**

Der Bürgermeister ruft die Sprecher in der Reihenfolge auf.

Es werden nochmals die unterschiedlichen Ansichten hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs der Vorlage herausgestellt. Deutlich wird herausgestellt, dass keine Bedenken gegen den Inhalt der Vorlage und den Beschluss vorgebracht würden.

Während der Wortmeldungen erteilt der Bürgermeister einen Ordnungsruf in Richtung CDU-Fraktion.

Nachdem die Rednerliste abgearbeitet ist, fragt der Bürgermeister, ob noch Für- oder Gegenreden für den Geschäftsordnungsantrag „Sitzungsunterbrechung“ vorliegen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, einer 10minütigen Sitzungsunterbrechung als Lesepause zuzustimmen.

Eine Gegenrede liegt nicht vor.

Der Bürgermeister stellt den Geschäftsordnungsantrag „Sitzungsunterbrechung“ zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

17 Ja-Stimmen: 9 PETO, 7 SPD, 1 BM  
11 Nein-Stimmen: 5 CDU, 2 FDP, 3 B90/Grüne, 1 Frau Friedrich  
8 Enthaltungen: 6 CDU, 2 PETO

#### **mehrheitlich zugestimmt**

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung für eine 10minütige Lesepause.

Nach Wiederbeginn der Sitzung und vor Abstimmung über die Verwaltungsvorlage weist der Bürgermeister ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der im Beschlussvorschlag aufgeführten Anlage 1 um die neue, in der Sitzung an die Plätze verteilte, Anlage 1 handelt.

#### **Beschluss**

- 1) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt einem Anteilskauf der durch die Stadtwerke Düsseldorf AG (SWD) gehaltenen Gesellschaftsanteile an der MEGA in Höhe von 49,9 % (entspricht einem Anteil am Stammkapital in Höhe von 3.293.400 €) durch die MVV nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Geschäftsanteils-Übertragungsvertrags (Anlage 1) zu einem Kaufpreis in Höhe von 20.441.000 € zu.
- 2) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Neufassung des Gesellschaftsvertrages der MEGA sowie dem Änderungsvertrag zum Ergebnisabführungsvertrag zwischen der MVV und der MEGA (Anlagen 2 und 3) zu.
- 3)
  - a) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der MVV sowie der MEGA gemäß § 113 Abs. 1 GO NRW, die erforderlichen Beschlüsse zum Anteilskauf zu fassen. Weiterhin werden sie ermächtigt, der notwendigen Änderung bzw. Aufhebung von Verträgen im Zusammenhang mit dem Anteilskauf zuzustimmen. Hierzu gehört insbesondere die Zustimmung zum Geschäftsanteils-Übertragungsvertrag, der Neufassung des Gesellschaftsvertrages sowie dem Änderungsvertrag zum Ergebnisabführungsvertrag zwischen der MVV und der MEGA.
  - b) Ebenso werden die Vertreter der Verwaltung ermächtigt, der notwendigen Änderung bzw. Aufhebung von Verträgen im Zusammenhang mit dem Anteilskauf zuzustimmen.
- 4) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt einer Einzahlung in die Kapitalrücklage der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH (MVV) durch die Stadt Monheim am Rhein in Höhe von 20.441.000 € zu. Die Finanzmittel für die Einzahlung in die Kapitalrücklage werden durch Nachtragsatzung gemäß § 81 Abs. 2 lit. 2 GO NRW bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig bei 1 Enthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt**

**15 Variantenentscheidung Neugestaltung Hauptstraße  
Vorlage: VIII/1546**

**Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Variante des Planungsbüros „Planungsgruppe MWM“ die weitere Detailplanung zu beauftragen und abzustimmen.

**einstimmig zugestimmt**

**16 52. Änderung des Flächennutzungsplanes "Menk-Gelände" der Stadt Monheim am Rhein  
- Behandlung der Anregungen  
- Feststellungsbeschluss  
Vorlage: VIII/1504**

**Beschluss**

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 05 zur Drucksache beschlossen.
- Die 52. Änderung des Flächennutzungsplanes „Menk-Gelände“ wird beschlossen. Der Änderung ist gemäß § 5 (5) BauGB eine Begründung beigefügt.

**einstimmig zugestimmt**

**17 Bebauungsplan Nr. 131 M "Krischerstraße"  
1. Behandlung der Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung  
2. Satzungsbeschluss  
Vorlage: VIII/1503**

**Beschluss**

1. Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 10 zur Drucksache beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 131 M „Krischerstraße“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

**einstimmig zugestimmt**

**18      Bebauungsplan Nr. 133 M "Marderstraße"**  
**1. Behandlung der Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung**  
**2. Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: VIII/1515**

**Beschluss**

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 14 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 133 M „Marderstraße“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

**einstimmig zugestimmt**

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 19 meldet Ratsherr Gronauer - CDU - Ausschlussgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

**19      Bebauungsplan Nr. 63 B "Am Waldbeerenberg"**  
**- Abwägung der Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen**  
**- Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: VIII/1571**

Der Bürgermeister stellt Herrn Roth von der Firma ISR vor, der für Fragen zur Verfügung steht.

Anschließend eröffnet er die Diskussion.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen listet anhand eines umfassenden Katalogs verschiedene Fragen auf, die abschließend durch den Bürgermeister beantwortet werden.

Der Sprecher der Fraktion beantragt den vorliegenden Beschluss zu vertagen und darüber nach erneuter Beratung im Fachausschuss zu beschließen.

Anschließend erklärt ein Sprecher der CDU-Fraktion, dass man der geplanten Wohnbebauung stimmen werde. Wie in den zurückliegenden Beratungen sei man gegen die Verlagerung der Bezirkssportanlage.

Unter Hinweis auf das vorangegangene Abstimmungsverhalten der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in Bezug auf den Bebauungsplan äußert der Sprecher der FDP-Fraktion sein Unverständnis über die heutige Argumentation und den Wunsch nach Vertagung. Die Argumentation sei befremdlich, ließe sich aber mit dem derzeitigen Kommunalwahlkampf erklären. Dem Antrag auf Vertagung werde nicht zugestimmt.

Das Thema Bebauungsplan Baumberg-Ost beschäftige die Politik und die Bürgerschaft schon lange. Viele Bürgerinnen und Bürger seien durch die Planung in ihren Interessen betroffen – wie es in vielen anderen Fällen auch sei. Die vorgebrachten Bedenken würden ernst genommen und akzeptiert. Nach Abwägung aller Anregungen und Bedenken könne man im Ergebnis dem Bebauungsplan jedoch zustimmen, erklärt die Sprecherin der PETO-Fraktion. Dem Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf Vertagung könne nicht zu-



gestimmt werden.

Auch die SPD-Fraktion werde dem heutigen Beschluss zustimmen. Es sei bekannt, dass sich bei der Abwägung von Anregungen und Bedenken immer wieder Zielkonflikte auftäten. Doch nach langer Vorbereitungszeit mit oftmals kontrovers und hitzig geführten Diskussionen könne heute die Planung zum Abschluss gebracht werden.

Bezüglich der „neuen“ Stellungnahme des ULAN (Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung des Kreises Mettmann) teilt die Verwaltung mit, dass es ausreiche, diese heute zur Kenntnis zu nehmen.

Im Anschluss nimmt ein Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen Bezug auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung und die durch den Bürgermeister vorgestellten Grafiken und Statistiken. Die vorgestellten Grundlagen seien nach seiner Auffassung so nicht belastbar, zumal er sich für die Zukunft ein verändertes Wohnverhalten vorstelle.

Dem hält der Bürgermeister entgegen, dass den der konservativ berechneten nötigen Wohnbauflächen Zahlen aus dem Jahre 2008 zugrunde gelegt wurden. Die Statistiken könnten nicht beiseite gewischt werden.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion stimmt dem so zu. Heute müsse eine Prognoseentscheidung getroffen werden. Diese sei als Planungsgrundlage nicht falsch. Die Planung für das Baugebiet sei zwingend notwendig. Da in Monheim massiv neue Arbeitsplätze geschaffen würden, müsse für die Bereitstellung von Wohnraum gesorgt werden. Seine Fraktion gehe von ca. 1.500 Wohneinheiten bis zum Jahr 2020 aus. Er fragt nach, welche Maßnahmen die Verwaltung ergreifen werde, um zusätzliche 1.200 bis 1.500 Wohneinheiten zu realisieren.

Dass die Ausweisung weiterer Wohnbauflächen und damit die Steigerung von Wohneinheiten notwendig sei, sei erkannt worden. Die Verwaltung müsse in diese Richtung handeln. Als Perspektive seien weitere Bauabschnitte in Baumberg-Ost denkbar. In der kommenden Wahlperiode könnten Flächennutzungsplanänderungen vorgenommen werden, um zusätzliche Wohnbauflächen zu entwickeln. Die Genehmigung von Änderungen des Flächennutzungsplanes werde positiv gesehen. Auf die Anmerkung eines Sprechers der CDU-Fraktion, dass dieser die Genehmigung wegen der Planungen der Landesregierung NRW für unwahrscheinlich halte, erklärt der Bürgermeister, dass im Rahmen der Neufestsetzung des Regionalplanes für Monheim andere Rahmenbedingungen vorlägen. Die städtischen Planungsziele seien mit dem Regionalplan vereinbar.

Abschließend stellt der Bürgermeister den Antrag auf Vertagung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen zur Abstimmung:

**Abstimmungsergebnis:**

3 Ja-Stimmen: Bündnis90/Die Grünen  
33 Nein-Stimmen: 11 PETO, 11 CDU, 7 SPD, 2 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 BM

**mehrheitlich abgelehnt**

**Beschluss**

- Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 8,10,12 und

- 14 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 63 B „Am Waldbeerenberg“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.
- Der beigelegten Verpflichtungserklärung (Anlage Nr. 26) zur Sicherung des Lärmschutzes wird zugestimmt.

**Abstimmung über den Beschlussvorschlag:**

33 Ja-Stimmen: 11 PETO, 11 CDU, 7 SPD, 2 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 BM  
 3 Nein-Stimmen: Bündnis90/Die Grünen

**mehrheitlich zugestimmt**

Nach Beendigung der Beratung nimmt Herr Gronauer wieder seinen Platz ein.

**20**

**Lärmaktionsplan**

**- Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen**

**- Ratsbeschluss**

**Vorlage: VIII/1528**

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass seine Fraktion dem Lärmaktionsplan insbesondere wegen des geplanten Ausbaus der Straße „Heide“ bereits im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen nicht zugestimmt habe, deshalb erfolge auch heute eine Ablehnung.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nur unter der Voraussetzung zustimmen werde, dass die Entscheidung über den Straßenbau "Heide" erst nach Vorlage des zugesagten Verkehrsgutachtens erfolge.

Durch Ausweisung von Tempo 30-Zonen sei eine Lärmreduzierung lt. Lärmaktionsplan zu erreichen. Er bittet bei der Unteren Verkehrsbehörde in Erfahrung zu bringen, ob für die gesamte Geschwister-Scholl-Straße eine solche Temporeduzierung ausgewiesen werden könne.

Zu der ersten Anmerkung erklärt der Bürgermeister, dass mit der heutigen Beschlussfassung keine Beschlüsse über die Umsetzung von Einzelmaßnahmen vorgenommen würden. Über jede geplante Maßnahme würden separate Beschlussvorlagen vorgelegt.

Die Ausweisung der kompletten Geschwister-Scholl-Straße als Tempo 30-Zone sei nicht möglich, da der Straße eine Sammelfunktion zukomme. Nur einzelne Streckenabschnitte seien verkehrsberuhigt auszuweisen.

**Beschluss**

1. Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung des Lärmaktionsplans werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage „Nr. 02“ zur Drucksache beschlossen.
2. Der Lärmaktionsplan (2. Stufe) der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

31 Ja-Stimmen: 11 PETO, 11 CDU, 7 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 BM  
3 Nein-Stimmen: Bündnis90/Die Grünen  
2 Enthaltungen: FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

**21 Übernahme der Landstraße L 402 Opladener Straße und L 293 Bleer Straße  
Vorlage: VIII/1566**

**Beschluss**

- Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW unter Beteiligung und Moderation des Verkehrsministeriums, über die Übernahme der genannten Landstraßen zu verhandeln.
- Die Straßen werden nur in einem Zustand übernommen, der eine grundlegende Sanierung für die nächsten 20 Jahre ausschließt.
- Für die Verhandlungen zur Übernahme soll vorab der Sanierungsbedarf für die zu übernehmenden Straßen, Grünflächen, abwassertechnische Anlagen sowie technische Einbauten (insbesondere Lichtsignalanlagen) über ein Gutachten eines vereidigten Sachverständigen ermittelt werden.
- Die für die Erstellung dieses Gutachten benötigten Mittel in Höhe von 50.000 € werden über den 1. Nachtragshaushalt 2014 bereitgestellt.

**einstimmig zugestimmt**

**22 Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms "Ab in die Mitte"  
Vorlage: VIII/1598**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

Auf Nachfrage eines Sprechers der SPD-Fraktion teilt er mit, dass im Rahmen der Straßenumbaumaßnahme „Krischerstraße“ zunächst Erfahrungen mit diesem Projekt gesammelt werden sollen. Die gewonnenen Ergebnisse sollen dann für andere Projekte zur Stärkung der Innenstadt genutzt werden.

**Zur Kenntnis genommen**

**23 Mitteilung der Verwaltung über die zusätzliche Mittelbereitstellung für die Kanalauswechslung Krischerstraße vom Ausbauende Rathausplatz bis zur Kirchstraße  
Vorlage: VIII/1525**

**Zur Kenntnis genommen**

**24 Entwurf Jahresabschluss 2009 der Stadt Monheim am Rhein  
Vorlage: VIII/1576**

Der Bürgermeister bedankt sich bei den Beschäftigten des Finanzbereiches, dass der vorgesehene Zeitplan zur Erstellung des Jahresabschlusses 2009 eingehalten wurde.

Er erteilt der Kämmerin das Wort, um den Entwurf des Jahresabschlusses 2009 anhand einer Präsentation vorzustellen.

Nach der Präsentation stellt die Kämmerin den weiteren Zeitplan im Hinblick auf die noch ausstehenden Jahresabschlüsse vor.

Der Vorsitzende der Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Köchling – PETO-Fraktion – bedankt sich bei der Verwaltung für die jetzt zügige Abarbeitung der Jahresabschlüsse.

### **Beschluss**

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Monheim am Rhein von den Erleichterungsregelungen des Art. 8 § 4 NKFWG Gebrauch macht und entsprechend der Empfehlung des Ministeriums für Inneres und Kommunales den Jahresabschluss 2009 in der vom Bürgermeister bestätigten Fassung ohne formelle Prüfung und Feststellung angezeigt hat.

Der Rat beschließt, den Jahresfehlbetrag 2009 in Höhe von 14.717.027,04 € durch die komplette Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 13.965.928,82 € und darüber hinaus in Höhe von 751.098,22 € durch Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage zu decken.

**einstimmig zugestimmt**

- 25 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung - Klage vor dem Verwaltungsgericht  
Vorlage: VIII/1592**

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein genehmigt die am 27.03.2014 vom Haupt- und Finanzausschuss getroffene dringliche Entscheidung zur außerplanmäßigen Bereitstellung von 260.000,00 € für die Gerichtskosten im Klageverfahren gegen den Festsetzungsbescheid des Jahres 2014 zur Solidaritätsumlage.

**einstimmig zugestimmt**

- 26 Ermächtigungsübertragungen 2013  
Vorlage: VIII/1577**

**Zur Kenntnis genommen**

- 27 Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2014 - Einrichtung eines Mobilen Bürgerbüros im Stadtteil Baumberg  
Vorlage: VIII/1595**

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion begründet den Antrag.

Ergänzend weist der Bürgermeister anschließend darauf hin, dass bei positiver Beschlussfassung die entsprechenden Haushaltsmittel in den Nachtragshaushalt aufgenommen werden müssen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt mit dem Hinweis auf den derzeitigen Kommunal-Wahlkampf alle Anträge der SPD-Fraktion ablehnen zu wollen.

Nach Ansicht seiner Fraktion bestünde im Ortsteil Baumberg kein Bedarf für ein Bürgerbüro. Das habe die Erfahrung der Vergangenheit gezeigt. Andere städtische Angebote wie z.B. Musikschule oder VHS müssten in Baumberg vorgehalten werden.

Auch die Sprecherin der FDP-Fraktion lehnt mit Hinweis auf den gescheiterten Versuch einer Zweigstelle des Bürgerbüros in Baumberg den Antrag ab. Das vorhandene Angebot in Monheim sei ausreichend und solle so erhalten bleiben.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion begrüßt den Antrag und sagt Zustimmung zu. In der Vergangenheit sei die Schließung der „Filiale“ aus Kostengründen erfolgt. Mit dem mobilen Bürgerbüro werde ein angemessener Kompromiss gefunden, um auch den Wünschen der Baumberger Bürger Rechnung zu tragen.

Auch der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen betrachtet die beantragte Maßnahme positiv, um mehr Bürgernähe herzustellen.

Durch die Verlagerung weiterer zusätzlicher Aufgaben in das Bürgerbüro werde eine Personalaufstockung erforderlich sein, erklärt der Bürgermeister ergänzend. Für das beantragte mobile Bürgerbüro werde kein zusätzlicher Personalbedarf gesehen. Das geplante Modell sei mit dem „Altmodell“ nicht vergleichbar. So entstünden u.a. keine Fixkosten für die Anmietung von Räumlichkeiten.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig mit den möglichen Kooperationspartnern (Stadtsparkasse Düsseldorf, Raiffeisenbank Rhein-Berg) die Einrichtung eines Mobilen Bürgerbüros im Stadtteil Baumberg - wie im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten am 19.03.2014 vorgestellt - zum 01.09.2014 zu klären und wenn möglich entsprechende Vereinbarungen abzuschließen. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 25.000,00 € für die Anschaffung der Technik werden im 1. Nachtragshaushalt bereitgestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

23 Ja-Stimmen: 11 PETO, 7 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich, 1 BM  
13 Nein-Stimmen: 11 CDU, 2 FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

28

#### **Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2014 - Aufladestation für E-Bikes Vorlage: VIII/1596**

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion begründet den Antrag und weist darauf hin, dass die Kostenermittlungen vor den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2015 vorgelegt werden sollen, um dann ggf. konkrete Anträge stellen zu können.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stimmt dem Antrag zu.

Ein Sprecher gibt den Prüfhinweis auf ein Projekt in Berlin, wonach Straßenlaterne-  
nen so umgebaut wurden, um als Aufladestationen für E-Bikes oder Pedelecs zu  
dienen. Die Kosten dafür seien geringer als für herkömmliche Aufladestationen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass es Aufgabe der städtischen Fahr-  
radbeauftragten sei, die beantragten Prüfungen im Rahmen eines Konzeptes  
vorzulegen. Dieses speziellen Antrages bedürfe es nicht. Deshalb werde man  
nicht zustimmen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt die Zustimmung zu dem vorgelegten  
Antrag.

Eine umfassende Vorlage, die sich auch dieses Themas annimmt, sichert der  
Bürgermeister für eine der nächsten Sitzungen des Fachausschusses zu.

### **Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Tourismusförderung mögliche  
Standorte von E-Bike-Aufladestationen im Stadtgebiet sowie die entsprechenden  
Kosten zu ermitteln und noch vor der Einbringung des Haushaltes 2015 entspre-  
chende Vorschläge zu unterbreiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

24 Ja-Stimmen: 11 PETO, 7 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP,  
1 Frau Friedrich, 1 BM  
12 Nein-Stimmen: 11 CDU, 1 FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

## **29 Antrag der SPD-Fraktion vom 27.03.2014 - Alternativen zur Fernwärmever- sorgung Vorlage: VIII/1597**

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion erläutert eingehend den Antrag und  
weist daraufhin, dass dieser sowohl durch den Mieterbund als auch durch den  
Verein der Haus- und Grundeigentümer Langenfeld / Monheim e.V. unterstützt  
werde.

Bevor er die Diskussion über den Antrag eröffnet, weist der Bürgermeister auf  
Gespräche zwischen der Stadtverwaltung, der MEGA und der RWE (Betreiber  
des Fernwärmenetzes in Monheim am Rhein) im vergangenen Jahr hin, da das  
Problem der steigenden Fernwärmepreise nicht zu übersehen gewesen sei. Un-  
ter Androhung der Einschaltung des Bundeskartellamtes hätte man zumindest  
eine Margenreduzierung erreichen können. Die Gesamtentlastung der Fernwär-  
mekunden habe sich im sechsstelligen Eurobereich bewegt. Auf die Menge aller  
Fernwärmekunden habe sich für den Einzelnen allerdings keine deutlich spürbare  
Entlastung ergeben.

In Bezug auf den vorliegenden Antrag sei es fraglich, ob die Änderung allein auf  
eine Alternativtechnik, das richtige Ziel gewählt wurde. Die Technik Fernwärme  
böte durchaus Chancen, wenn die Netze gut Instand gehalten und dadurch die  
Wärmeverluste innerhalb des Netzes gering gehalten würden.

Grundsätzlich werde die Notwendigkeit gesehen, sich mit dem Thema Fernwär-  
meversorgung in Monheim am Rhein zu beschäftigen. Er schlägt deshalb vor,

dass die Verwaltung eine umfassende Sachdarstellung erarbeiten solle. Diese solle als Grundlage für weitergehende Beratungen zu dem Thema Fernwärme im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen dienen.

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass der Antrag am Ziel vorbeigehe, da die Stadt, bis auf die wenigen öffentlichen Gebäude, die an die Fernwärmeversorgung angeschlossen seien, nicht Vertragspartner des Fernwärmezulieferers sei. Eingehend führt er zu rechtlichen Grundlagen im Zusammenhang mit der Fernwärmeversorgung aus. Dass die Gefahr der Monopolstellung von Fernwärmelieferanten bestehe, habe das Bundeskartellamt gesehen und aufgrund von durchgeführten Untersuchungen im Jahr 2013 ein Missbrauchsverfahren gegen 7 Anbieter (auch gegen den hiesigen Anbieter) eingeleitet.

Aufgrund seiner zuvor gemachten Ausführungen schlägt er vor, den Antrag so umzuformulieren, dass die Verwaltung beauftragt werde, die Verbraucher in Monheim am Rhein vor Missbrauch zu schützen. Die Verwaltung solle prüfen und berichten, ob und was die Stadt Monheim am Rhein tun kann, damit die Monheimer Bürger nicht durch den Fernwärmelieferanten übervorteilt werden.

Sprecherinnen und Sprecher der anderen Fraktionen stellen heraus, dass das Problem der hohen Kosten im Zusammenhang mit der Fernwärmeversorgung, speziell im Bereich des Vermieters LEG, bereits seit langen Jahren bekannt sei. Dass die hohen Kosten oftmals auch durch die Verbraucher selbst verschuldet seien, dürfe nicht verkannt werden.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag des Bürgermeisters das Thema Fernwärme nach einer gründlichen Sachdarstellung der Verwaltung eingehend zu diskutieren.

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist auf aktuelle Veröffentlichungen durch den Verein der Haus- und Grundeigentümer Langenfeld / Monheim e.V. hin, die sich mit dem Thema Fernwärme in Monheim am Rhein befassen. Dem Antrag in der vorliegenden Form könne nicht zugestimmt werden, da die Stadtverwaltung keine Handhabe habe, um Einfluss auf die Vertragsverhältnisse zwischen Betreiber und Nutzer zu nehmen. Ein Prüfauftrag an die Verwaltung und die Vorstellung einer Informationssammlung zu dem Thema im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen werde durch seine Fraktion unterstützt.

Die PETO-Fraktion könne dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen, erklärt die Sprecherin. Die Formulierung sei nicht konkret und der Antrag nicht zielführend. Dem Vorschlag, dass die Verwaltung eine umfassende Informationsgrundlage für die weitergehende Beratung im Fachausschuss erarbeite, werde zugestimmt. Die Sachdarstellung solle u.a. dazu dienen, Fragen zu klären, welche Maßnahmen die Stadt ergreifen könne bzw. wo sich Handlungsspielräume ergeben könnten, um positive Änderungen zugunsten der Nutzer zu erreichen.

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion erklärt abschließend, dass mit dem Antrag nicht die Suche nach einer Alternative zur Fernwärmetechnik, sondern nach einem Alternativenanbieter gemeint war. Die Diskussionsbeiträge hätten gezeigt, wie wichtig es sei, sich dem Thema Fernwärme zu widmen. Als vorrangiges Ziel der weitergehenden Beschäftigung mit dem Thema Fernwärme werde die Unterstützung der Monheimer Fernwärmebezieher gesehen. Den in den Diskussionsbeiträgen gemachten Vorschlägen, der Verwaltung einen Prüfauftrag dahingehend zu erteilen, umfassende Informationsgrundlagen zum Thema Fernwärme zusammenzustellen und dem Fachausschuss vorzustellen, werde zugestimmt.

Vor Abstimmung konkretisiert der Bürgermeister die Beschlussformulierung. „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sachdarstellung zum Thema Fernwärme aufzubereiten und dabei die in der Diskussion aufgeworfenen Aspekte zu beleuchten.“

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sachdarstellung zum Thema Fernwärme aufzubereiten und dabei die in der Diskussion aufgeworfenen Aspekte zu beleuchten.

**einstimmig zugestimmt**

**30**

**1. Nachtragshaushaltssatzung 2014**

**Vorlage: VIII/1555/1**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und weist auf die verteilte neue Änderungsliste hin. Unter Hinblick auf den Beschluss zu Tagesordnungspunkt 27 „Einrichtung eines Mobilen Bürgerbüros im Stadteil Baumberg“ sei die Änderungsliste noch zu erweitern.

In diesem Zusammenhang beantragt der Sprecher der CDU-Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2015, eine Zusammenstellung der neben den etatisierten Technikkosten entstehenden Kosten für das Mobile Bürgerbüro vorzulegen.

Der Bürgermeister erklärt, dass diese laufenden Kosten aus den laufenden Haushaltsmitteln bestritten werden sollen. In einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Öffentliches und Soziales werde über die verlangten Kosten informiert.

Der Bürgermeister verliest die geänderte Formulierung des Beschlussvorschlages und stellt diesen zur Abstimmung.

**Beschluss**

1. Der Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung 2014 vom 22.01.2014 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat

und mit den in der heutigen Sitzung des Rates beschlossenen Änderungen angenommen.

2. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2014 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte und um die beschlossenen Änderungen des Rates ergänzte Nachtragshaushaltssatzung 2014 wird Bestandteil des Beschlusses.



**einstimmig zugestimmt**

**31 Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Monheim am Rhein anlässlich der letzten Ratssitzung in der VIII. Wahlperiode**

Der Bürgermeister bedankt sich bei den Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in der zu Ende gehenden VIII. Ratsperiode. Er bittet die anwesenden Ratsfrauen und Ratsherren sich in das Goldene Buch der Stadt Monheim am Rhein einzutragen.

**32 Mündliche Mitteilungen**

**32.1 Europäische Woche "Malta"**

Der Bürgermeister weist auf den an die Plätze verteilten Flyer zur Monheimer Europawoche hin. Vom 6. bis zum 13. Mai steht dieses Jahr der Inselstaat Malta im Blickpunkt. Er lädt die Ratsmitglieder zur Teilnahme an den vielfältigen Veranstaltungen ein.

**33 Mündliche Anfragen**

Es werden keine mündlichen Anfragen gestellt.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und lädt die anwesenden Besucher im Anschluss an die nichtöffentliche Sitzung zu einem kleinen Umtrunk ein.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin